



# Verlockende Idee

**Volksinitiative** Das bedingungslose Grundeinkommen will allen ein menschenwürdiges Leben finanzieren. Doch funktioniert das Konzept und wie viel kostet es?

ARMIN MÜLLER

**F**reiheit, Kreativität, Selbstbestimmung, Gemeinnützigkeit und die Würde des Menschen: Wenn in diesen Tagen die Initiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen» im Bundeshaus eingereicht wird, geht es um mehr als ein Sozialwerk. Ein neues Menschenbild, ja nicht weniger als «Die Befreiung der Schweiz» ist das Ziel, wie der Titel eines Buches zur Initiative verrät.

Das bedingungslose Grundeinkommen ermöglicht jedem Menschen, ein menschenwürdiges Leben zu führen, es beseitigt Armut und die Stigmatisierung Arbeitsloser, es erhöht das gemeinnützige Engagement und fördert die Frauenemanzipation, es reduziert Stress, Bürokratie und Ressourcenverbrauch. Die Initianten scheinen mit dem bedingungslosen Grundeinkommen die Allzweckwaffe gegen die Probleme unserer Zeit gefunden zu haben. «Eco», die Wirtschaftssendung des Schweizer Fernsehens, illustrierte ihren Beitrag zum Thema gleich mit der Bildstrecke Mondlandung - Mauerfall - Grundeinkommen.

Doch wäre es unfair, den Vorschlag an den hochfliegenden Plänen und übersteigerten Hoffnungen der Fans zu messen. Die Idee entwickelt Strahlkraft und provoziert spannende Diskussionen. Die Unterschriftensammlung war kein Problem. Wird die Initiative angenommen, muss der Bund für die Einführung eines «bedingungslosen Grundeinkommens» sorgen, das «der ganzen Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen» soll. Die Finanzierung und die Höhe des Grundeinkommens regelt das Gesetz. Den Initianten schwebt ein Grundeinkommen von 2500 Franken pro Monat für jeden Erwachsenen und 625 Franken für jedes Kind vor. Eine vierköpfige Familie käme so auf 75000 Franken Jahreseinkommen -

ohne etwas dafür zu tun.

## Finanzierung als Knackpunkt

Roboter ersetzen Arbeiter, die Arbeitslosigkeit steigt. Daraus leiten die Befürworter des Grundeinkommens ab, Vollbeschäftigung sei illusorisch. «Die Situation wird sich verschlimmern, wir werden immer weniger Arbeit haben», sagt Oswald Sigg, ehemaliger Bundesratssprecher und Mitglied des Initiativkomitees.

Gleichzeitig steigen die Sozialkosten als Folge von Überalterung, neuen Geschlechterrollen und steigenden Ansprüchen. In einer kaum wachsenden Wirtschaft sind sie nicht mehr zu finanzieren. Das Grundeinkommen scheint einen Ausweg zu bieten. Effiziente, möglichst wenig durch Staatseingriffe behinderte Märkte erzeugen eine hohe Wertschöpfung. Die Sozialbürokratie wird überflüssig, sodass die Mittel vorhanden sind, um die ökonomisch Schwachen zu unterstützen. Das Grundeinkommen geniesst deshalb nicht nur bei Linken, Alternativen und Kulturschaffenden Sympathien, sondern auch bei Liberalen und Ökonomen.

Doch die Einigkeit verflüchtigt sich, sobald es konkret wird. Aus dem Vorschlag der Initianten resultieren Kosten von 210 Milliarden Franken pro Jahr. Das übersteigt die gesamten heutigen Steuereinnahmen bei weitem (siehe Grafik). Es entspricht 42 Prozent des Nettoneationalinkommens, welches das von Inländern erzielte Einkommen umfasst, also das, was überhaupt verteilt werden kann.

Finanziert werden soll das Grundeinkommen gemäss Vorstellungen der Initianten durch den Wegfall von bisherigen Sozialleistungen in Höhe von etwa 50 Milliarden Franken. Etwa 105 Milliarden sollen durch den Ersatz bisheriger Löhne zustandekommen. Wer 7500 Franken Monatslohn erhielt, soll neu noch 5000 Franken Lohn und dafür zusätzlich 2500 als Grundeinkommen erhalten. Die dann

noch fehlenden ungefähr 55 Milliarden könnten über die Mehrwertsteuer gedeckt

werden. Sie müsste dazu von heute 8 auf neu etwa 24 Prozent erhöht werden. Die Preise sollen trotzdem nicht steigen, weil auch die Produktionskosten dank der tieferen Lohnkosten sinken, so die Annahme.

«Das bedingungslose Grundeinkommen ist finanzierbar. Einzige Voraussetzung ist der politische Wille», stellte die Basler «Tageswoche» fest. Das sehen Ökonomen allerdings anders. «Diese schöne heile Welt» beruhe «auf mehreren Milchmädchenrechnungen», kritisieren die St. Galler Ökonomen Gebhard Kirchgässner und Florian Habermacher in einem Diskussionspapier. So würden viele Beschäftigte mit tiefen Einkommen in die Freizeit oder in die Schattenwirtschaft wechseln.

Damit wäre aber nicht mehr das gesamte Grundeinkommen über den Wegfall des Lohneinkommens finanzierbar. Die Gesamteinkommen in den Tieflohnsegmenten müssten deutlich steigen. Dies strahle auf höhere Einkommen aus. Der Ersatz von Lohn durch das Grundeinkommen sei bei Staatsangestellten noch nachvollziehbar, aber bei den Beschäftigten in der Privatwirtschaft schwierig und bei den Selbstständigen völlig unklar.

## «Am Ende würden alle verlieren»

Damit steigen die nicht gedeckten Kosten weiter, während die Beschäftigung zurückgeht. Aber je stärker das Grundeinkommen dazu führt, dass sich Leute von der Lohnarbeit abwenden, desto mehr untergräbt es die eigene Finanzierung.

Auch alternative Finanzierungsideen stossen auf Bedenken. Die von Oswald Sigg favorisierte Reichtumssteuer erscheint in dieser Größenordnung unrealistisch. Zur vollständigen Finanzierung über die Mehrwertsteuer wäre ein Satz von 56 Prozent nötig, was ein massives Ausweichen



in die Schattenwirtschaft zur Folge hätte. Eine volle Finanzierung über die Einkommenssteuer erfordert gemäss Kirchgässner einen proportionalen Steuersatz von etwa 75 Prozent. Er schliesst daraus, «dass ein bedingungsloses garantiertes Mindesteinkommen entweder zu niedrig ist, um ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, oder, falls es dazu hoch genug ist, nicht finanzierbar ist».

Auch Thomas Straubhaar, welcher das Grundeinkommen grundsätzlich befürwortet, hält den Vorschlag für nicht finanzierbar. «Deshalb habe ich mich in der Schweiz auch nicht dafür engagiert», erklärt der Direktor des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts (HWWI). Um ein Grundeinkommen dieser Höhe finanzieren zu können, müssten die Steuern

derart nach oben gesetzt werden, dass die Leistungsbereitschaft sinken und die Steuervermeidungsstrategien zunehmen würden. Und «am Ende würden alle verlieren».

Klaus W. Wellershoff, Chef der gleichnamigen Finanzberatungsgesellschaft in Zürich, sagt: «In dieser Form ist das bedingungslose Grundeinkommen nicht durchsetzbar, nicht durchführbar und nicht finanzierbar.» Er befürwortet die Idee grundsätzlich. «Es ist utopisch, aber sehr spannend.» Die Initiative mache die Probleme des bestehenden Systems der sozialen Sicherung transparent: «Wir haben de facto mit unserem Sozialversicherungssystem und der Sozialhilfe bereits ein Grundeinkommen.»

Es herrsche weitgehend Konsens, dass auch Menschen finanziell unterstützt wer-

den, die nicht arbeiten wollen. Das bedingungslose Grundeinkommen hält er deshalb für die konsequente Lösung. «Aber es macht nur dann Sinn, wenn man die Sozialversicherungen darin aufgehen lässt.» Das ist jedoch nicht die Absicht der Initianten, denn es würde die Situation der meisten heutigen Bedürftigen verschlechtern.

«Geld gibt es genug, es fliesst heute bloss woandershin», wirbt die Basler «Tageswoche» für die Initiative. Doch das ist gerade die Schwäche der Initiative, ihr blinder Fleck. Der Kuchen, den es mit einem bedingungslosen Grundeinkommen zu verteilen gibt, ist immer schon da. Wer den Backofen produziert, Mehl und Zutaten herstellt, wer das Rezept entwickelt und schliesslich den Kuchen bäckt – danach wird nicht gefragt. Es geht nur darum, ihn besser zu verteilen.

## EXPERIMENTE MIT GRUNDEINKOMMEN

### Wenn Utopien Wirklichkeit werden

**Alaska** Seit 1982 erhalten alle Einwohner ein bedingungsloses Einkommen in Form einer jährlichen Dividende aus Erträgen eines Fonds, der hauptsächlich von staatlichen Einnahmen aus der Erdölförderung gespeist wird. 2008 waren das 2069 Dollar, in den letzten Jahren weniger als 1000 Dollar.

**Namibia** 2008 bis 2012 erhielten die rund 1000 Einwohner von Otjivero-Omitara ein aus Spenden finanziertes bedingungsloses Grundeinkommen von etwa 12 Franken pro Monat, was unter der Armutsgrenze liegt. Die behaupteten Erfolge des Projekts werden wegen

diverser Mängel in Zweifel gezogen.

**Brasilien** Ein bedingungsloses Grundeinkommen wurde im Gesetz verankert, aber bis heute nicht umgesetzt.

**Negative Einkommenssteuer** Diese

Spielart des Grundeinkommens wurde nach einem Vorschlag des US-Ökonomen Milton Friedman 1968 bis 1980 in den USA und Kanada in mehreren sozialen Experimenten getestet, mit 800 bis 4800 Teilnehmern und unterschiedlichen Steuersätzen und Freibeträgen.

Verheiratete Männer reduzierten dabei ihr Arbeitsangebot um 5 bis 8 Prozent, Frauen etwas stärker.

**Kuba** 1964 vereinheitlichte das kommunistische Regime die Löhne und entkoppelte das Einkommen von der Arbeitsleistung. An die Stelle von Geld sollten moralische Arbeitsanreize treten. Jeder Kubaner erhielt Anrecht auf ein ausreichendes Einkommen. Die Folgen waren ein Rückgang der Produktivität und Versorgungskrisen.

**Jamestown** In der ersten Siedlung der Engländer in Amerika erhielten von 1607 bis 1611 alle Bürger den gleichen Anteil am Produktionsergebnis der Kolonie, unabhängig von ihrem Beitrag. Es wurde jedoch so wenig produziert, dass Hunger und Not grassierten.

### So viel kostet das Grundeinkommen

in Milliarden Franken pro Jahr

